

## **MIETER HELFEN MIETERN FRANKFURT e.V.**

## **MIETERINITIATIVE NASSAUISCHE HEIMSTÄTTE**

An die  
Redaktion

Frankfurt am Main, den 03.06.2016

### **GESETZ GEGEN LEERSTAND UND WOHNRAUMZWECKENTFREMUNG EINGEREICHT**

Angesichts steigender Mieten und zunehmender Wohnungsnot im Ballungsgebiet Rhein-Main fordert MIETER HELFEN MIETERN seit Jahren klare Maßnahmen der Politik gegen Wohnungsleerstand und gegen Wohnraumzweckentfremdung. Am kommenden Donnerstag, dem 09. Juni, wird diese zentrale Forderung im Hessischen Landtag auf Antrag der Fraktion der LINKEN beraten.

MIETER HELFEN MIETERN FRANKFURT e.V. und die MIETERINITIATIVE NASSAUISCHE HEIMSTÄTTE begrüßen das zu beratende Gesetz als wirkungsvolles Mittel vor allem gegen Leerstand, der auch in Zeiten von Wohnraumknappheit im Rhein-Main-Gebiet keineswegs passé ist. Die Online-Plattform [„Leerstandsmelder“](#) dokumentiert allein für Frankfurt am Main eine Vielzahl an Fällen, in denen Immobilienbesitzer/innen Wohnungen leer stehen lassen. Nicht selten spekulieren die Eigentümer/innen auf Wertsteigerungen in der Zukunft und entziehen dem äußerst angespannten Frankfurter Wohnungsmarkt damit dringend benötigte Wohnungsangebote.

Jürgen Lutz vom Verein MIETER HELFEN MIETERN FRANKFURT erläutert die Folgen: „Die Städte werden erpressbar. Wenn keine Rechtsmittel zur Verfügung stehen, kann der Eigentümer durch mangelnde Instandsetzungen über Jahre einen Gebäudezustand herbeiführen, der nicht nur das Stadtbild verschandelt. Sogar die Erpressung erweiterter Baugenehmigungen, etwa für Luxussanierungen, ist denkbar.“

Mit dem nun geplanten Gesetz erhalten Kommunen außerdem die Möglichkeit, die Umwandlungen von Wohnungen unter Genehmigungsvorbehalt stellen. Damit könnte auch der Umwandlung von Wohn- in Büroraum begegnet werden. Gerade in attraktiven Lagen und repräsentativen Gebäuden etwa im Westend, Nordend, Sachsenhausen gehen nach wie vor Wohnungen durch die Umwandlung in Büros verloren. Dabei ist unbestritten, dass nicht nur in Frankfurt, aber auch in Städten wie Maintal, Hanau, Darmstadt jede einzelne Wohnung gebraucht wird.

Zudem ergibt sich in hessischen Großstädten seit einigen Jahren eine neue Problematik, wenn Wohnraum zweckentfremdet und zur Beherbergung von Touristen oder für Saisonarbeiter (z.B. „Bauarbeitertrupps“) genutzt wird. Letztere Form der Zweckentfremdung wurde in Frankfurt auch häufiger zur Vertreibung der alten Mieterschaft in spekulativ gekauften Gebäuden angewandt. Städte wie Berlin kämpfen schon seit mehreren Jahren mit einer Zweckentfremdungsverordnung gegen solche Wohnraumverluste.

„Die Kommunen würden mit dem geplanten Gesetz ein wichtiges Instrument der Wohnungspolitik zurückgewinnen, um der Umwandlung und dem Leerstand von Wohnungen einen Riegel vorzuschieben.“, erklärt Brunhilde Fahr von der MIETERINITIATIVE NASSAUISCHE HEIMSTÄTTE.

Conny Petzold, Jürgen Lutz (MIETER HELFEN MIETERN)  
Brunhilde Fahr (MIETERINITIATIVE NASSAUISCHE HEIMSTÄTTE)